

# Wie schützenswert ist der «Fallätschegarte»?

Bedrohte Artenvielfalt in Leimbach: Ein ökologisch wertvolles Grundstück soll nach einem Eigentümerwechsel überbaut werden. Am Freitagabend machen sich Naturschützerinnen und Naturschützer in einem Podium für die Erhaltung des «Fallätschegarte» stark.

Anna-Sofia Schaller

Eine 5500 Quadratmeter grosse Landfläche an der Maneggpromenade, der «Fallätschegarte», wurde über Jahre hinweg als Pachtfläche verwendet. Das Grundstück hat sich in den letzten Dekaden zu einem artenreichen Biotop entwickelt. Per März 2021 haben die ehemaligen Eigentümer den Pächterinnen und Pächtern jedoch gekündigt, da das Land zum Kauf ausgeschrieben wurde. Im Juni ging dieses dann in den Besitz des Zuger Investmentfonds Real Fund One über. Dieser beauftragte die Immobilienfirma Markstein AG mit der Ausarbeitung eines Bauprojekts. Laut Bauherr Marco Uehlinger sind rund fünfzig Wohnungen vorgesehen. Gemäss Webseite von Real Fund One handelt es sich dabei um Eigentumswohnungen. Laut Uehlinger befindet sich das Projekt aber noch in Planung. Aktuell darf am Grundstück jedoch ohnehin nichts verändert werden. Dies wegen einer städtischen Schutzabklärung, die



Gemäss BirdLife Zürich bietet vor allem das viele Totholz wertvollen Lebensraum.

BILD AS

noch im Gange ist. Dafür hatte sich die IG «Stopp Zerstörung von Naturlandschaft in Zürich Leimbach» eingesetzt.

**«Einmalige Wildnis auf Stadtgebiet»**  
Gegnerinnen und Gegner des Bauprojekts warnen vor allem vor dem Biodiversitätsverlust, den eine Überbauung des «Fallätschegarte» zur Folge hätte. «Eine solche «Wildnis» auf Stadtgebiet ist selten und aus ökologischer Sicht wertvoll und erhaltenswert», sagt auf Anfrage Kathrin Jaag, Co-Geschäftsführerin von BirdLife Zürich. Die Nähe zum überkommunalen Schutzgebiet Fallätsche mache es zusätzlich wertvoll. Der direkte Anschluss an die Fallätsche bedeutet, dass dieses im Falle einer Überbauung zudem vermehrter Licht- und Lärmverschmutzung ausgesetzt werden würde.

## Verzwickte Rechtslage

Die Situation beim «Fallätschegarte» scheint einen gewissen Interpretations-

raum offenzulassen. Auf der einen Seite gilt das Grundstück rechtlich als Bauzone, andererseits ist es im Inventar des kommunalen Natur- und Landschaftsschutzes aufgeführt. «Über allfällige Schutzmassnahmen wird erst im Zusammenhang mit einem konkreten Bauvorhaben entschieden», erläutert die Medienstelle des Hochbaudepartements das Vorgehen in solchen Fällen.

## Mit Fachleuten und Politikern

Kurzfilm und Podium: Freitag, 21. Januar, 19 bis 20.30 Uhr, Gemeinschaftsraum Greencity, Maneggplatz 34. Teilnehmende Fachpersonen: Michael Büttler, Rechtsanwalt im Bereich Raumplanungs- und Umweltrecht; Brigitte Fürer, Raumplanerin und Gemeinderätin Grüne; Sandra Gloor, Swild, Stadtökologie und Wildtierforschung; Dominik Waser, Landschaftsgärtner, Klimaaktivist und Stadtratskandidat Grüne.

## AUS DEM GEMEINDERAT

### Seilziehen ums Seeufer

Das Seilziehen um die zukünftige Nutzung und Entwicklung des Seeufers in Wollishofen hat begonnen. Die ideale Lage lockt Investorinnen und Investoren zu Wohnbauprojekten, während Anwohnende aus der weiteren Umgebung den Zugang zu einem wichtigen Naherholungsraum sichern möchten. Auch als kultureller und sozialer Begegnungsraum ist das Gebiet zwischen Werft und Roter Fabrik seit langem besonders wichtig. In der letzten Ausgabe dieser Zeitung wurde über die Testplanung «Seeufer Wollishofen» berichtet. Auslöser für den Vorstoss im Gemeinderat waren die Pläne für den grossen Wohnkomplex im höheren Preissegment, der auf der Parzelle der Franz-Garage am Seeufer aktuell gebaut wird. Im Quartier begann sich Widerstand zu formieren, doch das Bauprojekt konnte nicht mehr verhindert werden. Befürchtungen wurden wach, dass hier in Wollishofen am See eine Entwicklung ihren Lauf nehmen würde, die den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern den Freiraum und den Zugang zum See ungebührlich einschränken würde. Es stellen sich viele Fragen. Kann die öffentliche Badewiese am See noch Bade- und Picknickwiese bleiben, wenn davor teure Wohnungen mit Blick auf den See entstehen? Müssen wir ab 22 Uhr Lärmklagen befürchten, wenn abends auf der Wiese am See noch gefeiert und Musik gehört wird? Heute stört das niemanden. Wird dieser Freiraum verloren gehen? Und eine weitere Frage tauchte auf: Welche Pläne hat die Kibag für ihr Areal? Was passiert, wenn die Kibag ihren Standort am See aufgibt? Entstehen dort weitere teure Wohnungen? Wird man noch dem See entlang spazieren können? Passen teure Wohnungen in ein Gebiet, das als Naherholung, Badeplatz sowie Konzert- und Kulturort von der Bevölkerung geschätzt wird? Wären Nutzungskonflikte zwischen Quartierbevölkerung und Anwohnenden nicht vorprogrammiert? In der Vergangenheit und heute funktioniert die Mischung aus Industrie, Freiraum, Kultur und Gewerbe gut.



**«Mehr Menschen benötigen auch entsprechend mehr Freiraum, um sich draussen zu treffen, im See zu baden, zu spazieren.»**

Olivia Romanelli  
Gemeinderätin AL, Kreis 1+2

Auch Zürich-Süd wächst. Immer mehr Menschen wohnen, leben und arbeiten hier. Wir benötigen entsprechend mehr Freiraum, um uns draussen zu treffen, Sport zu treiben, im See zu baden, zu spazieren. Es braucht Orte ohne kommerzielle Nutzung. Es muss Orte geben für ein Picknick, wo Kinder herumrennen können. Es braucht Orte, wo sich die Jugendlichen ohne Konsumzwang und Aufsicht treffen können, wo Musik gehört werden kann, ohne dass Nachbarinnen und Nachbarn die Polizei rufen. Es braucht auch Orte, wo sich Menschen treffen und etwas entstehen lassen können ohne organisierte Quartieranimation. Wie wird es uns gelingen, die privaten und öffentlichen Interessen an diesem so wichtigen Ort zusammenzuführen?

Olivia Romanelli

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreter regelmässig einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.

### Sammlung Bührle leistete gute Arbeit bei der Provenienzforschung



**«Politisch aufgearbeitet werden muss eine mögliche Irreführung des Stimmvolks bei der Abstimmung zum Kunsthausneubau.»**

Markus Baumann  
Gemeinderat GLP, Kreis 9

In der anstehenden Debatte im Gemeinderat um die Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus gehen die Verhältnisse zur Realität verloren. Diverse Vorstösse beschreiben einen unkoordinierten Rundumschlag durch Politikerinnen und Politiker, die im Grunde hehre Absichten verfolgen, jedoch völlig den Fokus der Diskussion verlassen, nämlich neben der bereits veröffentlichten Provenienzforschung weitere Transparenz zu schaffen. In einer demokratischen Gesellschaft Kritik auszuüben, ist richtig – ja sogar notwendig. Es ist jedoch unglaublich heuchlerisch, wenn man Untersuchungen zu Tatsachen fordert und sie aus dem historischen Kontext völlig losgelöst mit einer vermeintlichen moralischen Überlegenheit bewertet, aber gleichzeitig eine Gleichgültigkeit zu aktuellen Themen wie der Ausbeutung an den Tag legt. Politisch aufgearbeitet werden muss unter den gegebenen Umständen jedoch eine mögliche Irreführung des Stimmvolks bei der Abstimmung zum Kunsthausneubau. In den Abstimmungsunterlagen erklärte sich damals die Stadt Zürich mit der Provenienzforschung durch die Stiftung Bührle implizit für einverstanden. Dass man jetzt, nachdem das Museum gebaut wurde, plötzlich etwas anderes will, und Bührle quasi zur Person non grata ernannt wird, ist extrem irritierend und wahrscheinlich der allgemeinen Aufmerksamkeits-hysterie im Wahlkampf der einzelnen Politikerinnen und Politiker geschuldet. Die Sammlung Bührle hat gute Arbeit in Sachen Provenienzforschung geleistet, dies gilt es festzuhalten. Die historischen Zusammenhänge sind interessant und diskutabel. Jedoch gilt es auch zu hinterfragen, was diese ausgeschweifte Empörung ausgelöst hat. Und was wollen eigentlich die Protagonisten damit beabsichtigen? Wenn wir als Gesellschaft wiederum den Bogen in die heutige Zeit spannen und mit derselben moralischen Elle messen wie bei der Bührle-Sammlung,

stellt sich für mich die Frage, warum die Mehrheit im Gemeinderat nicht schon längst alle Hebel in Bewegung gesetzt hat und die Steuergelder der Firmen zurückweist, die mit Unrechtsstaaten Geschäfte betreiben, obwohl die Stadt Zürich direkt von hohen Steuereinnahmen profitiert, mittels denen wir unsere Kulturhäuser, unsere Bildung und unsere sozialen Institutionen finanzieren. Die Forderung nach einer unaufgeregten, sachorientierten und unabhängigen Kommission für eine weitere fokussierte Provenienzforschung ist wohl ein lösungsorientierterer Ansatz, den wir nicht mehr umgehen sollten. Danach wäre es jedoch schön, wenn Cezanne und Monet wieder im Fokus des Kunsthauses stehen, damit Zürich die Kunstsammlung der Bührle-Stiftung weiter geniessen kann.

Markus Baumann

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreter regelmässig einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.

## ANZEIGEN

FDP Die Liberalen

Zusammen sind wir Wirtschaft.

Albert Leiser wieder in den Gemeinderat Ich lebe Augenmass statt grüne Phantasien

BISHER

albertleiser.ch

LISTE 2

Twitter Facebook LinkedIn Instagram